

Bis zu 30 Prozent Atomstrom in Österreichs Steckdosen

6. 9.2010

<http://derstandard.at/1282979034498/Stromimporte-Bis-zu-30-Prozent-Atomstrom-in-Oesterreichs-Steckdosen>

Berlakovich will Stromimporte zurückdrängen und fordert höhere Sicherheitsstandards für AKWs

Das einzige AKW Österreichs in Zwentendorf (NÖ) produziert zwar bis heute keinen Atomstrom, weil es bei einer 1978 abgehaltenen Volksabstimmung durchgefallen ist und nie ans Netz ging; dennoch sind die Stromleitungen nicht frei von Kernenergie. Wie dem von der Regulierungsbehörde [E-Control](#) herausgegebenen Stromkennzeichnungsbericht zu entnehmen ist, stammen etwa **sechs Prozent des hierzulande in öffentliche Netze eingespeisten Stroms aus ausländischen AKWs.**

Bei einzelnen Verteilgesellschaften hat Atomstrom ein deutlich höheres Gewicht. MyElectric etwa, der Stromdiskonter von Salzburg AG und Tiwag, kommt auf fast 30 Prozent. Ähnlich die Verbund-Austrian Power Sales, die im Gegensatz zu MyElectric nur Großkunden aus Industrie und Gewerbe beliefert. Die Privatkundengesellschaft des Verbund hingegen vertreibt zu 100 Prozent Strom, der aus erneuerbaren Quellen oder zumindest Anlagen stammt, die mit Atomkraft nichts am Hut haben.

Das Daten zur Stromkennzeichnung beziehen sich auf das Jahr 2008. Der neue Bericht wird nach Angaben von Christian Schönbauer von der E-Control Ende September vorliegen. Der Atomstromanteil am Gesamtstrommix dürfte etwas gesunken sein, weil aufgrund der Wirtschaftskrise auch der Stromimport zurückgegangen ist.

Druck auf Euratom

Ein Zurückdrängen des Stromimports mittels Ausbau der erneuerbaren Energien bei gleichzeitiger Intensivierung der Sparbemühungen ist auch ein zentrales Anliegen von Umweltminister Nikolaus Berlakovich (VP). Im Gespräch mit dem STANDARD bedauert er die Entscheidung in Deutschland für längere Laufzeiten von AKWs. "Atomkraft ist auch keine Option zur Bekämpfung des Klimawandels", sagte der Minister. Er will nun Druck in der europäischen Atomgemeinschaft Euratom machen, dass zumindest die Sicherheitsstandards bei AKWs weiter erhöht werden. Einen diplomatischen Protest bei der deutschen Regierung habe er nicht eingebracht, Österreichs Vorbehalte aber immer wieder klargemacht.

Die Grünen kritisieren unterdessen die Rolle von Ex-Kanzler Wolfgang Schüssel (VP), der ein Aufsichtsratsmandat beim Energiekonzern RWE innehat. RWE betreibt u. a. die Atomkraftwerke Gundremmingen, Biblis und Emsland. "Ein Mandat im österreichischen Nationalrat ist mit der Position eines Aufsichtsrates in einem Atomkonzern nicht vereinbar", sagte Umweltsprecherin Christine Brunner. Berlakovich kontert: "Das ist Schüssels private Entscheidung." (Günther Strobl/DER STANDARD-Printausgabe, 7.9.2010)